

Weil die gesetzlichen Kassen ihre Leistungen gekürzt haben !

Vorschlag für siebenjähriges Kind:

Geburtsjahr: 2000 Eintrittsalter: 7

Die gesetzliche Krankenversicherung bietet einen Grundschutz.
Seit Jahren erreichen uns immer neue Meldungen:
Immer höhere Zuzahlungen - immer mehr Leistungskürzungen!

Ihre Lücke bei	Unsere Leistungen*	Tarif	Prämie
Sehhilfen (Brille, Kontaktlinsen)	bis zu 190 € im Jahr	GE	1,41 €
Zahnersatz	20 % vom Rechnungsbetrag		
Hälmittel (z. B. Massagen, Bäder)	80 % der Restkosten		
Auslandsreise	alle akut auftretenden Krankheitskosten		
Hilfpraktiker	70 % bis 620 € im Jahr	GEP	1,98 €
Sehhilfen (Brille, Kontaktlinsen)	bis zu 65 € im Jahr zusätzlich		
Zahnersatz	10 % vom Rechnungsbetrag zusätzlich		
Unterbringung	Unterbringung im 2-Bettzimmer	GZ 2	3,50 €
Behandlung	Arzt Ihres Vertrauens		
Krankenhaus	Krankenhaus nach Wunsch		
Pflegefall	960 € im Monat bei stationärer Pflege bis 480 € im Monat bei ambulanter Pflege	PZ 2	2,05 €
Zuzahlung im Krankenhaus zusätzliche Kosten	20 € pro Tag im Krankenhaus	KH 20	0,96 €
		Gesamtsumme	9,90 €

* Einzelheiten über den Umfang und Inhalt des Versicherungsschutzes ergeben sich aus den Allgemeinen Versicherungsbedingungen.

Version 2.2007 gültig bis 31.12.2007

Weitere Ergänzungen und Absicherungen erhalten Sie

bei: **Stefan Wybranski**
Johann-Dreher-Weg 6
97993 Creglingen

unter: **Telefon:** 0 79 33 / 99 00 03
Telefax: 0 79 33 / 99 00 04
email: stefan.wybranski@victoria.de

Ein Unternehmen der
ERGO Versicherungsgruppe.

Creichelmer G'werzinsel



Jahrgang 26

Nummer 1

März 2007

Bericht aus dem Gemeinderat

Berichtszeitraum: Oktober 06 bis März 07

Wenn man einen Trend für die Arbeit des Gemeinderates feststellen kann, so wohl den, dass die Zeit der großen Investitionen zumindest für den Finanzplanungszeitraum vorüber ist und dass langsam eine neue Weichenstellung einsetzt. Das gilt vor allem für das große Thema

Interkommunale Zusammenarbeit:

Nachdem die SPD-Fraktionen der Städte Weikersheim, Niederstetten und Creglingen bereits seit geraumer Zeit im Gespräch waren und Bürgermeister Holzwarth sich des Themas „interkommunale Zusammenarbeit“ im Wahlkampf angenommen hatte, fand Anfang November die erste Klausur der drei Räte statt. Diese Veranstaltung brachte außer einer

Impressum

**Verantwortlich im Sinne des
Presserechts:**

Alfons Zink
Klingener Str. 17
97993 Creglingen

Internet: www.creglinger-spd.de

Herausgeber:

Die Creglinger SPD

SPD – Ortsverein
97993 Creglingen

Druck:

Krieger-Verlag GmbH, Rudolf-Diesel-Str. 41, 74572 Blaufelden

Auflage: 1900 Exemplare

Anzeigenpreis:

1 Seite 45,- EURO
½ Seite 25,- EURO
¼ Seite 13,- EURO

Menge Zahlen (die sich viele Räte vorab schriftlich gewünscht hätten, um Zeit zu sparen) enttäuschend wenig Konzeptionelles zutage. Anschließend wurde ein Ausschuss gegründet, in dem das weitere Vorgehen geplant werden sollte. Bald stellte sich heraus, dass sich die Bürgermeister bereits auf die Vergabe eines externen Gutachtens festgelegt hatten, für das nun Angebote eingeholt werden sollen. Geprüft werden sollen alle drei großen Verwaltungsbereiche: Hauptamt, Bauamt und Kämmerei. Ziel wird es sein, Verwaltungsvorgänge zusammenzuführen und auf lange Sicht Personalkosten einzusparen, ohne den Service für die Bürger zu beschneiden.

In allen drei Städten wurde indes die Kritik laut, dass sich die drei Verwaltungen zu wenig in die Gestaltung der Zusammenarbeit einbringen. Einerseits vergeben sie, indem sie die Prüfung ganz nach außen verlagern, die Chance, ihre Angestellten und Beamten, allesamt Fachleute, einzubinden und damit auch die Akzeptanz für spätere

Umstrukturierungen zu erhöhen. Zudem hatte sich manch ein Gemeinderat gewünscht, rasch mit einer ersten Maßnahme zu beginnen und die Zusammenarbeit dann schrittweise auszubauen. Aus diesen Gründen haben sechs Gemeinderäte in Creglingen die Einholung eines (maximal 60 000 € teuren) Gutachtens abgelehnt.

Da aber in allen drei Gemeinden die Mehrheit der Räte für das externe Gutachten gestimmt hat, werden nun Angebote eingeholt. Es heißt also abwarten, denn erst mit Vorliegen des Gutachtens wird sich herausstellen, welche Maßnahmen angegangen werden können und in welchem Zeitraum sich die Kosten für das Gutachten amortisieren werden. Die Einsparungen sind das Maß, an dem sich die Bürgermeister werden messen lassen müssen.

Haushaltsplan 2007

Der gut 100 000 € starke Überschuss aus dem Jahr 2005 wurde im September bereits mit Blick auf das »schwierige« Haushaltsjahr 2007 in die Rücklage gestellt. »Schwierig« ist das Jahr 2007 vor allem deshalb, weil 2005 sehr hohe Gewerbesteuern eingingen, was nach den Regeln des Finanzausgleichs zwei Jahre später zu einer Erhöhung der Umlagen und einer Senkung der Schlüsselzuweisungen führt; zudem steigt die Gewerbesteuerumlage. Ein ähnliches Bild ergibt sich überraschend nun auch für das Jahr 2009: Eine überplanmäßige Gewerbesteuereinnahme entlastet das »schwierige« Jahr 2007, macht es aber nötig, im Jahr 2008 Rücklagen für das dann »schwierige« Jahr 2009 zu bilden.

Das Wort »schwierig« steht ganz bewusst in Anführungszeichen: Die finanzielle Situation der Stadt Creglingen ist durchaus nicht schwierig, betrachtet man die Einnahmenseite, die sich mit den relativ hohen Gewerbesteuereinnahmen (durchschnittlich 1,8 Mio. € /Jahr in den letzten zehn Jahren) und den im Rahmen der wirtschaftlichen Erholung nun steigenden Anteilen aus der Einkommens- und Umsatzsteuer durchaus erfreulich gestaltet. Einem entspannten Wirtschaften stehen aber leider die Schulden entgegen, die in den vergangenen Jahren aufgebaut wurden. Insgesamt sind das rund 10 Mio. € (2047 € / Einwohner).

Der erste Schuldenblock mit 1,4 Mio. € (295 € / Einwohner) befindet sich im Kernhaushalt selbst. Jahr für Jahr fallen rund 100 000 € allein für Zinsen an (inklusive der Zinsen für die Kassenkredite).

Edel,
feinherb,
frisch ...
... und käuflich.

Hell in der Farbe,
feinherb und frisch
im Geschmack.
Aromatischer
Naturhopfen
gibt ihm sein
edles Aroma.



Herbsthäuser
Bier-Spezialitäten

Herbsthäuser Brauerei · Wunderlich KG · Bad Mergentheim · www.herbsthaeuser.de

Der zweite und bei weitem ärgerlichste Schuldenblock steckt in den so genannten Treuhandkonten, die angelegt wurden, um Baugebiete (Äckerbrunnen, Hofgarten Craintal, Pilsenweg-Kiesel) zu finanzieren: Insgesamt 2,7 Mio. € sind diese Konten im Soll. Das heißt, die Stadt Creglingen verliert, solange kein Bauplatz verkauft wird, jedes Jahr rund drei Bauplätze (rund 120 000 € Zinsen). Da überhaupt nicht absehbar ist, dass diese Konten durch Bauplatzverkäufe ausgeglichen werden können (zumal die Umsiedelung des landwirtschaftlichen Betriebes nicht auf den Bauplatzpreis umgelegt wurde), muss die Stadt nun dringend an die Abgeltung dieser Schulden gehen. Bereits in der Vergangenheit wurden Überschüsse aus dem Jahresergebnis im sechsstelligen Bereich in die Treuhandkonten gesteckt. Pro Jahr sind im Haushaltsplan mindestens 35 000 € für den Schuldendienst vorgesehen. Der Gemeinderat wird darüber nachdenken müssen, diesen Betrag deutlich (auf mindestens 150 000 €) hochzusetzen, um auch eine Tilgung zuwege zu bringen.

Wenn man sich vor Augen hält, dass 2007 Baumaßnahmen von rund 2 Mio € eingeplant sind, deren Eigenmittelanteil bei rund 600 000 € liegt, wird das ganze Ausmaß des Elends deutlich: Rund 100 000 € an Zinsen für die Schulden im Stadthaushalt und noch einmal rund 120 000 € Schuldzinsen für die Sonderfinanzierungskonten stehen als Ergänzungsmittel für Zuschussmaßnahmen nicht zur Verfügung. Im vergangenen Jahr musste der Gemeinderat die Baumaßnahme »Verkehrssicherheit Torstraße« immerhin wegen lächerlicher 35 000 € Eigenbeteiligung verschieben.

Noch einmal deutlich höher als im Stadthaushalt und auf den Treuhandkonten ist der Schuldenstand in den Eigenbetrieben Wasser (rund 1 Mio. €) und Abwasser (4,9 Mio. €), die über den Gebührenhaushalt laufen. Um nach der letzten Erhöhung zum Januar 2006 die Gebühren nicht weiter dramatisch anheben zu müssen, wäre hier überaus kostenbewusstes Bauen vonnöten. Kostenüberschreitungen wie in Finsterlohr oder, noch schlimmer, gleich zu Beginn der Baumaßnahme in Reinsbronn, wo das Ingenieurbüro Arbeiten in der Planung vergaß, machen dem Gemeinderat große Sorgen. Zumal die Schuld für solche Kostensteigerungen zwar angeblich nicht bei der Stadt Creglingen liegen, aber trotzdem regelmäßig nicht den beteiligten Bauunternehmen und Ingenieurbüros, sondern dem Gebührenzahler aufgehalst werden.

Nur vor dem Hintergrund der Schuldenbelastung ist zu verstehen, dass sich die Liste der Investitionen 2007 relativ bescheiden ausmacht. Baumaßnahmen können nur mit hohen Fördergeldern durchgeführt werden (im Folgenden die reinen Baukosten).

Die größte Investition wird im Schulbereich stattfinden, wo der Ausbau für die Ganztagsbetreuung mit rund 500 000 € zu Buche schlägt und die Inneneinrichtung mit rund 59 000 €. Sanierungsarbeiten an den Schulen, vor allem im Brandschutzbereich, sind mit weiteren 426 000 € angesetzt. Der Ausbau der Ortsdurchfahrt Reinsbronn (eine Kreismaßnahme) ist im Haushalt mit 300 000 € veranschlagt. Die Sanierung des Westturmes Schloss Waldmannshofen soll (hoffentlich rechtzeitig zum Jubiläumfest) ebenso wie die Renovierung der Brücke in Niedersteinach für jeweils 128 000 € durchgeführt werden. Eine Restfinanzierung ist für den Ausbau des Friedhofs in Creglingen vorgesehen (95 000 €), für die Hochwasserschutzmaßnahme Archshofen (59 000 €) sowie für die Brücke an der Holdermühle (50 000 €). Jeweils 30 000 € sind für die Straßenbeleuchtung in Reinsbronn und die Sanierung der ungenügend ausgebauten Dorfstraße in Erdbach eingeplant.

Auch in den nächsten Jahren werden nur absolut notwendige Investitionen möglich sein. Die wichtigste Aufgabe des Gemeinderates wird es sein, den Schuldenabbau voranzutreiben. Eng mit dieser Aufgabe hängt die Herausforderung zusammen, die die Stadt Creglingen mit dem bereits stattfindenden Bevölkerungsrückgang zu bewältigen hat. Es werden weit weniger Kinder geboren, als alte Menschen sterben, und mit jedem Bürger weniger sinken die Einnahmen. Besonders dramatisch wird sich der Rückgang auf den Eigenbetrieb Abwasser auswirken, wenn sich die Last auf immer weniger Gebührenzahler verteilt. Vor diesem Hintergrund wird es in den nächsten Jahren darum gehen, Familien nach Creglingen zu bringen. Wer weiß – vielleicht wird man noch auf die drastische Maßnahme zurückgreifen müssen, die für die Stadt so teuren Bauplätze um sonst herzugeben.

Zum Erscheinen dieser G´werzinsel haben beigetragen:

**Anne Emmert, Johanna u. Karlheinz Rehfeld, Willi Hain,
Doreen Federau, Ute Schindler-Neidlein, Alexander Weber,
Jochen Kühne, Fritz Danner, Fritz Kellermann und Alfons Zink**

Kreativität und Engagement notwendiger denn je!

Zur Situation: Die Geschicke im Creglinger Rathaus werden von Personen geleitet, die in der Regel das „Schwabentalter“ noch nicht erreicht haben. Nun kann man mangelnde Verwaltungs- und Lebenserfahrung aufgrund jugendlichen Alters niemandem zum Vorwurf machen. Was aber nachdenklich stimmt, ist, wenn bei den Verantwortlichen eine Art „Beratungsresistenz“ bemerkbar wird. Wenn Überzeugungen und Vorhaben mit Hilfe von Ingenieurbüros und Verwaltungsfachleuten (Regierungspräsidium, Landratsamt usw.) durchgedrückt werden, obwohl der gesunde Menschenverstand und ein Teil der betroffenen Bürger, die alle Vorhaben ja irgendwie finanzieren müssen, die Angelegenheit anders angehen würden.

Oft hört man das Argument: „Was regt Ihr Euch auf, das wird ja mit 80% und mehr bezuschusst.“ Die eine Seite ist, dass auch Zuschüsse die Steuergelder von uns Bürgern sind – die andere Seite ist, dass solche bezuschusste Maßnahmen in der Regel Folgekosten nach sich ziehen, die dann ohne Zuschuss von uns Bürgern teuer zu zahlen sind.

Beispiele gibt es genug:

Münster-Seen: Jährliche Unkosten lt. Haushaltsplan ca. 30.000,-- Euro. In Wirklichkeit sicher noch etwas höher.

Äckerbrunnen: Jährliche Zinsen ohne Tilgung ca. 50.000 Euro (auf zwei Sonderfinanzierungskonten). Interesse des Gewerbes gering. Warum soll einer im Äckerbrunnen fast das Doppelte pro qm bezahlen wie im Hörle, das auch noch verkehrstechnisch besser erschlossen ist.

Baugebiet Craintal: Mehr als 50% der Bauplätze sind noch nicht verkauft – auch hier laufen jährlich Zinsen im Höhe von 25.000 Euro auf.

Kläranlage Steinachtal: Aufgrund eines vorgesehenen Gewerbegebietes bei Sechselbach musste diese Anlage so konzipiert werden, dass auch Industrie-Abwässer gereinigt werden können. Niemandem ist aufgefallen, dass die EU dort Schutzgebiete für bedrohte Vogelarten gemäß der FFH-Richtlinien ausweisen will und damit die Planungen für ein Gewerbegebiet Makulatur sind.

Das soll an dieser Stelle genügen – alle Beispiele aufzuführen, würde den Rahmen der „G´werzinsel“ sprengen.

Und dann die Ingenieur- und Planungsbüros! Da sie prozentual an der Auftragssumme verdienen, fallen denen natürlich keine kostengünstigen Lösungen ein. Geplant wird fast stets an der oberen Grenze der zuschussfähigen Kosten, und da bei der Ausschreibung, Auftragsvergabe und beim Controlling fast immer irgendwelche Fehler oder Unterlassungen passieren, so dass zusätzliche Maßnahmen erforderlich werden, die bei der Vergabe noch nicht berücksichtigt wurden, lassen sich die Kosten fast beliebig noch oben schrauben. Beispiele sind die Wasser- und Abwassermaßnahmen in Niederrimbach und Finsterlohr .

Die von der Stadtverwaltung unverständlicherweise in der Vergangenheit so gehätschelten Büros schieben dann den „Schwarzen Peter“ der Verantwortlichkeit hin und her – so dass am Ende niemand schuld ist – aber Creglingen die Hauptlast zu tragen hat.

Kontrollgremium für die beschriebenen Sachverhalte wäre eigentlich der Stadtrat. Schließlich sitzen dort den ca. 150 Jahre Lebenserfahrung der Stadtverwaltung ca. 1000 Jahre Lebenserfahrung der Ratsmitglieder gegenüber. Aber irgendwie funktioniert das nicht so richtig. StadträteInnen, die ihre Aufgabe ernst nehmen und Maßnahmen hinterfragen – was nicht nur ihr Recht, sondern sogar ihre Pflicht ist – wurden in der Vergangenheit oft als „Harmoniekiller“ gebrandmarkt. Inzwischen hat bei einigen Räten, für die früher die Vorgaben der Verwaltung eine „heilige Kuh“ waren, angesichts des riesigen Schuldenberges, den die Stadt auf den Treuhandkonten und dem Eigenbetrieb Abwasser angehäuft hat, ein Umdenken stattgefunden.

Doch die Anregung verschiedener Mitglieder des Gremiums, auch die Lebens- und Berufserfahrung der Creglinger Bürger stärker in die Planungen der Stadt einzubeziehen, wurde mehrheitlich stets abgelehnt.

Wir fragen uns: Was spricht eigentlich dagegen, wenn vor der Beauftragung eines Ingenieur- und Planungsbüros die interessierten Bürger darüber beraten:

Was brauchen wir
Wie brauchen wir es
Wie könnte die günstigste Lösung aussehen
Was können wir selbst dazu beitragen

?

Sicher kann man von einem Bürgermeister nicht verlangen, dass er einen Kollegen anruft und sagt: „Ich hab da ein Problem, wie habt ihr das gelöst?“

Aber interessierte Bürger können jederzeit Freunde und Bekannte konsultieren, die Bürgermeister, Stadtkämmerer, Statiker, Ingenieure, Verwaltungsfachleute sind. Auf diesem Wege würden dann Lebens- und Verwaltungserfahrungen in die Entscheidungsfindung mit einfließen die, so beim bisherigen Verfahren keine Berücksichtigung finden.

Wir meinen, ein solcher „Kreativ-Ausschuss“ aus interessierten Bürgern, Stadträten und Mitgliedern der Verwaltungsspitze würde mit Sicherheit dazu beitragen, Probleme, die wir in der Vergangenheit hatten, in der Zukunft zu vermeiden. Und sicher auch eine Menge Geld sparen helfen. Schließlich haben wir ja schon einmal mit so einem Ausschuss unter Leitung von Stadtrat Willi Hain bei der Innenstadtsanierung gute Erfahrung gemacht.

Und noch ein Vorteil: Wird der engagierte und kritische Teil der Bürgerschaft verstärkt in die Meinungsbildung einbezogen, wird sich auch Kritik an den dann gefällten Entscheidungen erheblich reduzieren.

Wilfried Schindler

Gollachweg 15

97243 Bieberehren

Tel.: 09338/99843

Fax: 09338/99844

Mobil: 0171/7354794

email: info@sbtt.de

www: www.sbtt.de

Software

Betreuung

Taubertal



EDV * Betreuung * Softwareentwicklung * Netzwerke

Ämterzusammenlegung beim Landkreis

Mit der vor zwei Jahren vollzogenen Verwaltungsreform in Baden-Württemberg verloren viele ehemals eigenständige Ämter, wie z.B. das Forst-, Wasserwirtschafts-, Vermessungs-, Veterinär- und Straßenbauamt ihre Selbstständigkeit und wurden in die jeweiligen Landratsämter eingegliedert. Mit dieser Reform erhöhte sich allein die Zahl der Mitarbeiter beim LRA Tauberbischofsheim von ca. 500 auf über 900.

Die einzelnen Ämter und ihre Mitarbeiter waren – und sind bislang noch immer – im ganzen Kreisgebiet verteilt. So befinden sich – um in unserem Raum zu bleiben – noch das Landwirtschafts-, das Veterinär-, das Vermessungs-, das Forst- und das Straßenbauamt sowie die Kfz-Zulassungsstelle mit zusammen 192 Beschäftigten in Bad Mergentheim. Die einzelnen Ämter sind zur Zeit noch kreisweit in 48 Gebäuden untergebracht, wovon 24 Objekte angemietet sind. Die Kreisverwaltung hat sich deshalb zu Recht Gedanken darüber gemacht, Ämter zusammenzulegen und dadurch vor allem Einsparungen zu erzielen. Diese Gedanken sind inzwischen in einer sog. „Immobilienkonzeption für die Landkreisverwaltung – Gebäudeoptimierung“ zu Papier gebracht worden. Als Zielsetzung sind hier insbesondere Einsparungen, Synergieeffekte, Erhöhung der Bürgerfreundlichkeit und ausgewogene Unterbringungsstruktur der Verwaltung im Landkreis aufgeführt. Diese Konzeption sieht nun vor, das Vermessungs- und Straßenbauamt nach Tauberbischofsheim und das Veterinär- und Forstamt nach Lauda zu verlegen. Zur Umsetzung dieses Konzepts sollen in der Kaserne Lauda 450.000 € und in Tauberbischofsheim für einen sogenannten Erweiterungsbau sogar bis zu 5,5 Mio. € investiert werden.

Es ist nicht nur ärgerlich, dass der Inhalt des Konzepts schon der Presse zu entnehmen war und der Erweiterungsbau bereits in die mittelfristige Investitionsplanung aufgenommen wurde, bevor die einzelnen Kreisräte das Papier erhalten haben, geschweige denn darüber beraten konnten. Weitaus schlimmer aber ist – und das trifft den Altkreis bis ins Mark – dass Bad Mergentheim von den nach der Kreisreform noch verbliebenen 192 Kreisbeschäftigten weitere 46 abgeben soll. Lauda hingegen bekäme 35, Tauberbischofsheim 22 Mitarbeiter mehr. Die Kreisstadt hätte dann einen Mitarbeiterbestand von über 600 Beschäftigten. Und das, obwohl

HAIR

EMOTION

by

Marion

www.hair-emotion-nea.de

Öffnungszeiten:
Dienstag - Freitag
8.30 - 18.00 Uhr
Samstag
8.00 - 12.30 Uhr

Farbaktion!

Auf alle Farbbehandlungen 15 %

gültig nur Dienstags und Mittwochs

Bis zum 31.03.07

Um telefonische Voranmeldung wird gebeten.

Wegen der großen Nachfrage verlängert bis 31.05.07

Unser Team:

Marion Schmelz (Meisterin)

Anita Deeg (Meisterin)

Bianca Rott (Gesellin)

Telefon 079 33/700 500

Inh. Marion Schmelz – Hauptstraße 2 – 97993 Creglingen

in Bad Mergentheim in ausreichendem Umfang kreiseigene Gebäude zur Verfügung stünden, für die keine Miete zu zahlen wäre. Wenn dieses Konzept so umgesetzt werden sollte, verlöre Bad Mergentheim – vor allem aber Creglingen, Weikersheim und Niederstetten – langfristig viele qualifizierte Arbeitsplätze, weil Creglinger und Niederstettener zwar noch nach Bad Mergentheim, aber bestimmt nicht mehr nach Tauberbischofsheim zur Arbeit fahren würden. Dadurch blutet man diesen schon jetzt vergleichsweise strukturschwachen Raum weiter aus, anstatt ihn – was eigentlich dringend erforderlich wäre – gezielt zu fördern. Die seit der Kreisreform schon mehr als großzügig bediente Kreisstadt hätte dann mehr als das 4fache an Kreisbeschäftigten als Bad Mergentheim mit seinem riesengroßen Umland.

Das alles hat mit einer „ausgewogenen Unterbringungsstruktur der Kreisverwaltung“, wie es als Vorteil der Neukonzeption gepriesen wird, wirklich nichts mehr zu tun. Und wie dadurch ein weiteres hehres Ziel, nämlich die „Erhöhung der Bürgerfreundlichkeit“, erreicht werden soll, wenn die Menschen aus dem südlichen Altkreis doppelt so weit zu ihren Ämtern fahren müssen, erschließt sich mir nun wirklich nicht und bleibt allein das Geheimnis dieser Konzeptionsstrategen. So sinnvoll eine Ämterzusammenlegung ist, die Neukonzeption muss aber auch sozial und regional ausgewogen sein und Sinn machen. Nicht sinnvoll wäre es, Landwirtschafts- und Veterinärämter auseinander zu reißen, wie angedacht. Beide Ämter gehören nach Bad Mergentheim, weil im südlichen Kreisgebiet die Landwirtschaft noch am stärksten ausgeprägt ist und diese beiden Ämter eng miteinander zusammenarbeiten müssen. Worin soll der Sinn liegen, Abermillionen Euro für teure, in dieser Größenordnung nicht erforderliche Neubauten auszugeben, wenn doch in Bad Mergentheim kreiseigene Gebäude vorhanden sind? Es gäbe andere, wesentlich bessere Alternativen.

Es bleibt zu hoffen, dass sich die Kreisräte des Altkreises Bad Mergentheim gegen dieses Konzept entschieden zur Wehr setzen. An den Landrat und die Kreisverwaltung ergeht der Appell, dass sie die von ihnen aufgeführten Ziele wie „ausgewogene Unterbringung der Verwaltung“ und „Verbesserung der Bürgernähe“ auch ernst nehmen und sich nicht nur von politischen Überlegungen, wie z.B. die Weiternutzung des Kasernengeländes Lauda oder Stadtsanierung Tauberbischofsheim, leiten

lassen. Schließlich steht der Landrat auch für den südlichen Teil des Kreises und seiner Menschen in Verantwortung.



bärig
kuschelig

Wohlfühl-Häuser

Gesundes Wohnen in reiner Natur. Massives Holz.
Wohliges Raumklima. Wellness täglich.
Allergiker atmen auf.



LOGWOOD
Blockhausbau aus Leidenschaft

Bad Mergentheimer Str. 16
97993 Creglingen
Tel. 0 79 33/2 00 43
www.logwood.de

Ehrenamt Nachbarschaftshilfe

Haben Sie sich schon mal Gedanken darüber gemacht, wer Ihnen zur Seite stehen soll, wenn es Ihnen nicht mehr möglich ist, allein einzukaufen oder Ihr Heim zu reinigen? Egal, ob eine Erkrankung oder das Alter Sie zwingen, andere Menschen um Hilfe zu bitten, egal, welche Konfession oder soziale Stellung Sie besitzen – die „Heinzelmänner“ bzw. „Heinzelfrauen“ vom Nachbarschaftshilfeverein Creglingen sind für Sie da!

Mit Frau Anna Fleckenstein als erste Einsatzleiterin wurde der Verein im September 1990 gegründet. Sie wurde von verschiedenen Stellen, insbesondere vom damaligen katholischen Pfarrer angesprochen und motiviert, die Nachbarschaftshilfe ins Leben zu rufen. Frau Fleckenstein leistete Pionierarbeit im Aufbau und der Entwicklung des Vereins, dafür – HERZLICHEN DANK.

1995 wurde Frau Helga Barth als Nachfolgerin die Einsatzleitung übertragen. Sie ist seit der Gründung 1990 von Anfang an als aktives Mitglied dabei.

Zurzeit hat die Nachbarschaftshilfe 22 Mitglieder, davon sind im Moment 13 Mitarbeiterinnen auf 10 Einsätzen aktiv und leisten zusammen circa 120 Stunden pro Monat. Die ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen erhalten eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 7,00 Euro pro Stunde und 0,30 Euro pro km für die Anfahrt zum Einsatzort.

Weitere 1,50 Euro kommen dem Verein zugute, der sich unter anderem durch Spenden finanziert.

Besonders ältere Menschen nehmen gerne die Hilfe der Nachbarschaftshilfe in Anspruch, wobei die Unterstützung im Haushalt bei Reinigungsarbeiten am gefragtsten ist. Frau Barth betonte, dass man die Mitarbeiterinnen nicht mit Putzfrauen verwechseln darf. Weitere Leistungen des Nachbarschaftshilfevereins sind zum Beispiel die Wäschepflege, Zubereitung von Mahlzeiten, Einkaufen, Betreuung oder Begleitung.

Für die Krankenpflege jedoch ist die Sozialstation zuständig, zu der eine gute Verbindung besteht. Die Mitarbeiter der Sozialstation fungieren oft auch als vermittelnde Stelle, da sie vor Ort bei Pflegeeinsätzen schnell erkennen, dass mehr als nur pflegerische Hilfe nötig ist.

Wünschenswert wäre, wenn auch kirchliche Institutionen wie zum Beispiel die Pfarrer sich ab und zu vermittelnd einschalten würden.

Anfragen von Privat und Hilferufe richten sich selten nach den Bürozeiten des Nachbarschaftshilfevereins. Oft gehen Anrufe am Wochenende auf dem Privattelefon direkt bei Frau Barth persönlich ein, was sie aber gar nicht stört. Im Gegenteil, sie freut sich über jede Anfrage an den Nachbarschaftshilfeverein und teilt sich ihre Arbeitszeit flexibel ein. In ihrer Funktion als Einsatzleiterin besucht Frau Barth die hilfeschuchenden Familien bzw. Personen daheim, um bei einem Erstgespräch die Wünsche und Erwartungen festzustellen. Nur so kann gewährleistet werden, dass Helfer und „Auftraggeber“ zusammenpassen. Immerhin muss die Chemie stimmen, wenn man einer fremden Person Einblick in die Privatsphäre gewährt.

Deshalb ist es selbstverständlich, dass alle Mitarbeiterinnen unter Schweigepflicht stehen.

Um den Zusammenhalt unter den Mitarbeitern zu festigen, findet ein regelmäßiges Treffen zum Erfahrungsaustausch und für aktuelle Informationen statt. In den letzten Jahren hatten die Mitarbeiter mehrmals die Möglichkeit, an Weiterbildungsveranstaltungen teilzunehmen.

Auch die Geselligkeit soll nicht zu kurz kommen. Zusammen mit der *Selbsthilfegruppe nach Krebs* werden jährlich Ausflüge organisiert.

Über Nachwuchssorgen bei der Nachbarschaftshilfe kann Frau Barth zum Glück noch nicht klagen. Eigentlich wäre eine Zusammenarbeit mit der Schule denkbar, denn kleinere Aufgaben, wie zum Beispiel einkaufen gehen, könnten auch Schüler freiwillig übernehmen. Da die hilfeschuchenden Menschen doch eher den etwas erfahreneren Frauen vertrauen, wäre eine Kooperation mit der Schule leider wenig erfolgreich.

Vielleicht ist ja der Nachbarschaftshilfeverein für den Einen oder Anderen Vorbild, selbst tätig zu werden und anderen Menschen in der Nachbarschaft ab und zu helfend unter die Arme zu greifen.

In diesem Sinne wünschen wir Frau Barth und der Nachbarschaftshilfe für die Zukunft alles Gute, noch mehr erfolgreiche Einsätze und mehr Anerkennung in der Öffentlichkeit.

...gut gereist Freunde



Eine Reise beginnt bereits am Start ...
in unseren modernen Reisebussen mit
bequemen Sitzabständen, komfortablen
Einrichtungen wie Klimaanlage, Bordküche,
WC, Video und natürlich modernster
Sicherheitsausstattung.

Wir beraten Sie
- gut und gerne!

Tel.: 0 79 33 / 8 75
Fax: 0 79 33 / 6 25

Gleich anfordern: unser aktuelles Jahresprogramm!
Vereins- und Betriebsausflüge, Klassenfahrten,
Tagesreisen, Städtereisen, Urlaubsreisen, Studien- und
Rundreisen, Kurzreisen und Reisen bzw. Ausflüge
zu Ihren ganz speziellen Wunschzielen!

*Das Busreiseunternehmen
im oberen Taubertal*
email: omnibus-pflueger@t-online.de

Auflösung Rätsel Ausgabe 2/2006

Bei 18 Teilnehmern erkannten 13 das abgebildete Laub.

Die richtige Lösung lautete:

- Bild 1: Ahornblatt
- Bild 2: Eichenblatt
- Bild 3: Weintraubenblatt

Die glücklichen Gewinner sind:

- Ilse Kött vom Weidenhof (1. Preis),
- Hans-Ulrich Denecke aus Schonach (2. Preis)
- Theresa Beil aus Lichtel (3. Preis).

Herzlichen Glückwunsch!
Bilderrätsel

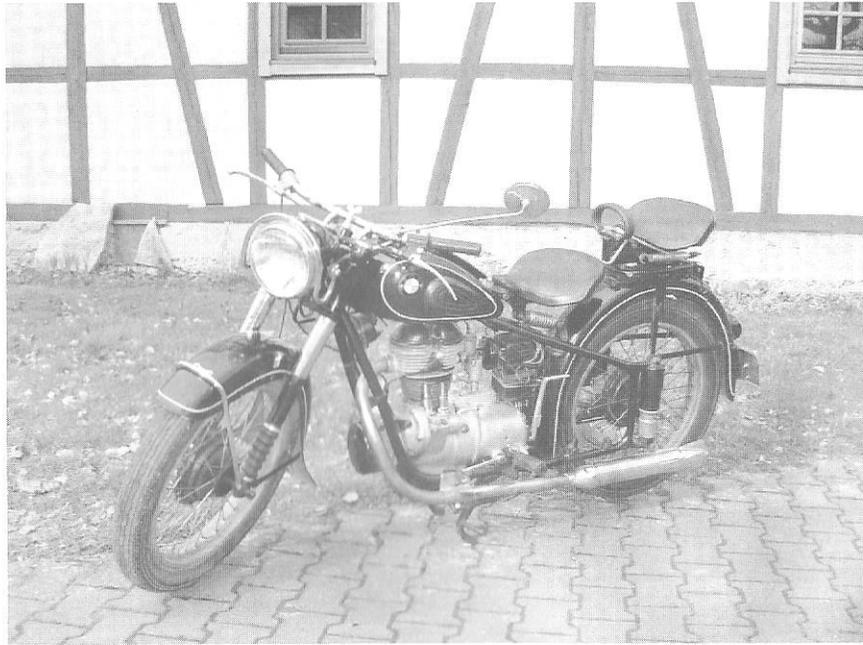
Im Märzen der Bauer die Rösslein einspannt, und der Biker sein
Motorrad aufsattelt. Hier haben wir zwar Oldtimer, aber vielleicht
erkennen Sie die Marken. Wenn ja, dann senden Sie bitte die richtige
Lösung an:

Ute Schindler-Neidlein
Lichtel 27
97993 Creglingen

Natürlich können Sie den Abschnitt auch direkt bei obiger Adresse
abgeben. Unter den richtigen Lösungen werden 3 Gewinner ausgelost.
Einsendeschluß ist der 1. Juni 2007.

- 1. Preis: Der neue, überarbeitete Bildband von Fritz Danner
- 2. Preis: 1 Verzehrgutschein im „Blockhaus“ über 15 EURO
- 3. Preis: 10 EURO in bar





LÖSUNG Bilderrätsel Nr. 1/07

Bild 1:

Bild 2:

Bild 3:

ELEKTRO  OTT

„Die Sonne als Geldanlage“

PHOTOVOLTAIK

Gerne informieren wir Sie !

Inh. Jürgen Ott
Weinbergstraße 29
97993 Creglingen

Telefon 07933 / 77 78
Fax 07933 / 20 33 78
E-mail: info@ott-solar.de

Absender

(Vorwahl) (Rufnummer)

(Straße und Hausnummer oder Postfach)

(Postleitzahl) (Ort)

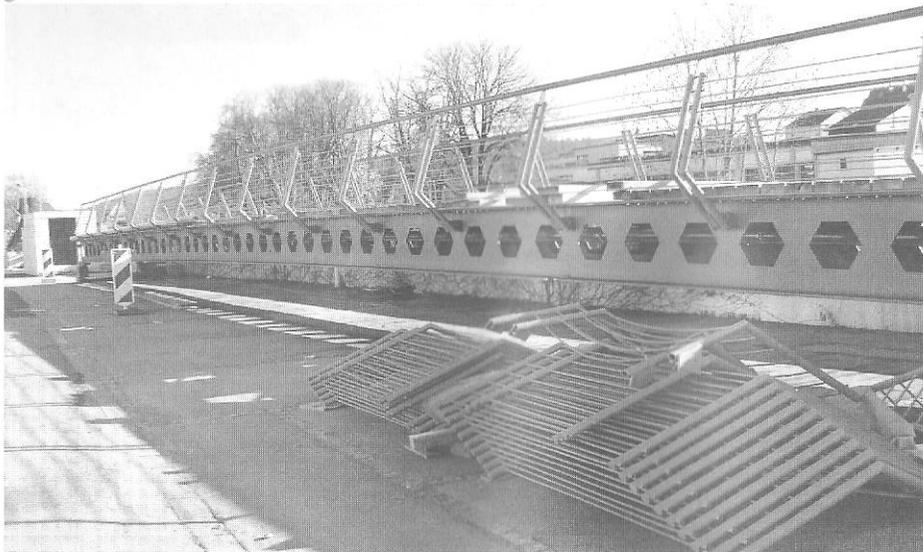
Postkarte

Ute Schindler-Neidlein

Lichtel 27
(Straße und Hausnummer oder Postfach)

97993 Creglingen
(Postleitzahl) (Bestimmungsort)

Über dieses Brücklein willst du gehen? Dann musst du noch lange Zeit hier stehen! Möglich, dass es dauert noch ein Jahr, oder gar bist du hast graues Haar.



Melodie: Karat, Text: Zink

Wie tief muss ein Abwasserkanal verlegt sein?

Der Autor dieser Betrachtung ist nur ein unwissender Bürger, der weder von Hoch- noch von Tiefbau eine ernsthafte Ahnung noch sich intensiv damit beschäftigt hat. Die folgende Betrachtung geht zurück auf die letzte „G´werzinsel“-Verteilaktion, als der Autor das umgepflügte Reinsbronn zu bedienen hatte. Nachdem die Annäherung nach Reinsbronn gelungen war, stand er am unteren Ortseingang, also aus Richtung der Mühle, vor einem gigantischen Abwassergraben, dessen Tiefe ihn zu den folgenden Betrachtungen veranlasste:

Warum müssen Abwasserleitungen wie hier am Ortsausgang in solche Tiefen verlegt werden? Von der Topografie her fiel dem Betrachter kein vernünftiges und logisches Argument ein, hat doch das Gelände hier ein ordentliches Gefälle, die Häuser liegen ausnahmslos höher. Welche sachlichen Gründe könnte es also hierfür geben? Trotz intensiver, aber laienhafter Überlegungen konnte keine logische Begründung gefunden werden. Da den Autor diese Frage aber schon des längeren beschäftigt und er an anderen Orten bereits dieselbe Betrachtung machte, andererseits jeder Bürger unserer liebenswerten Gemeinde weiß, dass die Abwassermaßnahmen in unserer Kommune mit ihren vielen Wohnplätzen gigantische Investitionen erfordern und trotz hoher Zuschüsse von bis zu 90% mit einer ebenso hohen Verschuldung der Eigenbetriebe einhergehen, was in der Folge ständig steigende Gebühren bedeutet, ergibt sich für ihn noch zwingender die Frage: Müssen Kanäle wirklich so tief eingegraben werden? Könnte nicht durch alternative Planung, z.B. Verlegung neben den Fahrbahnen, etwa in (oft) landwirtschaftlich nicht mehr genutztem Privatgrund, enorme Kosteneinsparungen erreicht werden? Ist es wirklich notwendig, jeden noch so tiefen Kellerraum an den Kanal anzuschließen, wo es heute kleine Hebeanlagen gibt, die das WC, die Dusche, das Waschbecken im Keller problemlos entsorgen können? In diesem Fall müsste nicht die Allgemeinheit für eine oft nicht benutzte Option bezahlen, sondern der Nutzer selbst eine vergleichbar geringe Investition tätigen. Eine Verlegung weg von öffentlichen Fahrbahnen und in geringerer Tiefe hätte zudem den Vorteil, dass Reparaturarbeiten, die leider trotz aller Versicherungen der Fachleute oft nicht erst nach 50 Jahren anfallen, mit vergleichbar geringen Kosten zu

bewerkstelligen wären. Daran sollte bereits bei Planungen gedacht werden, denn auch der laufende Betrieb muss über die Gebührenhaushalte finanziert werden. Und dass diese weiter steigen werden – und müssen – ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Müssen Abwasserleitungen so tief in den Boden vergraben werden, überall und allerorten? Ich behaupte nein! Aber sicher gibt es Standards, die eingehalten werden müssen, das wissen wir auch. Die Politik, die jedoch diese Standards festlegt, bezahlt meine Gebühren nicht und hilft mir auch nicht dabei. Und Ingenieurbüros, deren Entlohnung von der Bausumme abhängt und nicht von sparsamen Planungen, werden auch nicht unbedingt die kostengünstigste und nachhaltigste Lösung suchen.

Deshalb stellen wir doch selbst immer die Frage nach dem „Warum“ und „Wieso“. Vielleicht können Abwasserleitungen dann eines Tages auch kostengünstiger und nicht mehr so tief verlegt werden. Hier sind Gemeinderäte und engagierte Bürger gefragt!

VICTORIA

Unfälle können jeden treffen!

Schutz & Sparen

Die neuen Unfallversicherungen für Ihre Enkelkinder

Mehr Information und

die richtige Haftpflichtversicherung für alle Großeltern und Ur-Großeltern

bei Hauptagentur Stefan Wybranski
Johann-Dreher-Weg 6
97993 Creglingen
Tel.: 07933/990003

Ein Unternehmen der
ERGO Versicherungsgruppe.

Die Bildungsmisere in Baden-Württemberg

Die Haushaltdebatte Anfang Februar im Stuttgarter Landtag wurde beherrscht von der Bildungspolitik, man muss schon sagen Bildungsmisere in Baden-Württemberg. Bis Februar 2008 sollen 521 Lehrerstellen eingespart werden. Wie ist das zu bewerten? Und wo steuert die Landesregierung hin?

Die Kinderzahlen sinken, auch im »Kinderland« Baden-Württemberg. Wenn aber immer mehr Rentner von immer weniger Erwerbslosen »finanziert« werden, so ist eines vollkommen klar: Die Schüler von heute müssen optimal ausgebildet werden, um sich auf einem Arbeitsmarkt mit wachsenden Ansprüchen an Bildung und Innovationsfähigkeit zurechtzufinden. »Die Schüler von heute«: Das sind alle Kinder, das ist jedes Kind. Um eine Bildung, die alle mitnimmt, ist es aber in Baden-Württemberg miserabel bestellt.

1. Das Gymnasium wurde umgestellt auf acht Jahre. Das spart Lehrerstellen, und angeblich wurde auch der Lehrplan entrümpelt. Eltern, die sowohl G9- als auch G8-Kinder haben, also vergleichen können, merken davon nichts. Viele fühlen sich schlimmer denn je als Hilfslehrer missbraucht. Kinder aus bildungsfernen und einkommensschwachen Elternhäusern werden noch stärker benachteiligt.

2. Im Gymnasium, aber häufig auch in der Realschule herrscht das Prinzip »Friss, Vogel, oder stirb«: Hier wird zu viel gepaukt, zu wenig gelernt, und wer nicht mitkommt, wird nach unten durchgereicht. Die Schule betrachtet es nicht hinreichend als ihre Aufgabe, ein Kind zu fördern und bei einem Durchhänger auch einmal psychisch aufzubauen.

3. Stärker als in den anderen Schultypen wird in der Hauptschule projekt- und praxisorientiert gelernt. Dort »landen« aber die Kinder, die in der Grundschule abgehängt wurden bzw. mit sozialen oder familiären Problemen belastet sind. Daher müssen das Selbstwertgefühl gestärkt und soziale Kompetenzen aufgebaut werden. Sozialarbeiter und Psychologen, die im übrigen auch in der Realschule und im Gymnasium dringend gebraucht würden, werden aber nicht vom Land bezahlt. Die Landesregierung hat zwar in einer Studie durch die Uni Tübingen den positiven Nutzen der Schulsozialarbeit zweifelsfrei nachweisen lassen, daraus aber den seltsamen Schluss gezogen, sie nicht zu finanzieren.

4. Die Dreigliedrigkeit des Schulsystems mit einer Trennung nach vier Jahren ist in Baden-Württemberg eine heilige Kuh. Gebetsmühlenartig wird darauf verwiesen, dass unser Schulsystem durchlässig sei, die Schüler also wechseln können. In Wahrheit geht ein Schulwechsel (sofern er nicht nach »unten« führt) fast immer mit der Wiederholung eines Schuljahrs einher. Schüler, die nicht optimal in das starre System »passen«, brauchen eben länger. Sie müssen einen verschlungenen Weg durch das Schulsystem gehen, bis sie die ihrer Begabung entsprechende Ausbildung erreichen. Manch einer bleibt bei dieser Ochsentour auf der Strecke. Das ist die systematische Vergeudung von Lebenszeit, Talent und Potenzial.

Ende Februar rügte der UN-Menschenrechtsinspektor Vernor Muñoz das dreigliedrige Schulsystem mit seiner weltweit einmalig frühen Aufteilung, weil es Kinder aus armen Elternhäusern und Behinderte benachteilige. Er kritisierte den Flickenteppich im deutschen Bildungssystem, die fehlende Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, die unzureichende Lehrerausbildung und die mangelnde Autonomie der einzelnen Schule gegenüber der Verwaltung.

Angesichts der Bevölkerungsentwicklung ist das uneinsichtige Beharren auf einem völlig überholten Schulsystem geradezu selbstmörderisch. Talente schlummern unentdeckt vor sich hin, Kinder werden auf Mittelmaß zugeschnitten. »Reformen« des Kultusministeriums sind allseits gefürchtet. Schon wird gemunkelt, dass die Kindergartenkinder demnächst vor der Einschulung lesen, schreiben und rechnen können müssen – hat doch das Ministerium noch jede pädagogische Erkenntnis in ein Gesetz gegossen, das die Kinder in Schubladen steckt und die Bildungseinrichtungen an der kurzen Leine hält.

Ausblick

Damit kein Missverständnis entsteht: Nicht jedes Kind soll und kann zur Hochschulreife gebracht werden. Aufgabe der Schule ist es aber, den angeborenen Lerntrieb der Kinder zu erhalten, jedes Kind in seiner individuellen Begabung zu fördern – sei sie sprachlich, naturwissenschaftlich, musisch oder handwerklich –, Defizite zu beheben und eine nachhaltige Bildung zu vermitteln. Schulabgänger sollen selbstbewusst in die Welt gehen und ihre Stärken kennen. Dazu müssen auch Eltern umdenken: Nicht jeder Hauptschüler kann eine Banklehre

machen. Handwerksbetriebe suchen Hände ringend nach leistungsbereiten Hauptschulabgängern, die in diesen Berufen gute Chancen haben.

Bildung für alle Kinder wird es nur geben, wenn mit der sturen Reglementierung aufgehört und begonnen wird, das individuelle Potenzial eines jeden Kindes zu erkennen und zu fördern. **In Zeiten sinkender Schülerzahlen hat die Landesregierung die einzigartige Gelegenheit, das frei werdende Geld nicht einzusparen, sondern in die Zukunft zu investieren.** Dazu ist zum Teil drastisches Umdenken nötig. Die folgende Liste ist sicher nicht vollständig, deckt sich aber zum Teil mit den Forderungen der Landes-SPD:

1. Die durch die sinkenden Schülerzahlen frei werdenden Lehrerstellen müssen dazu genutzt werden, die **Klassenstärken zu senken**.
2. Der **Ausbau der Ganztagschulen**, der im baulichen Bereich mit Bundes- und Landesgeldern gefördert wird, muss mit der Finanzierung zusätzlicher **Pädagogen, Schulsozialarbeiter und Schulpsychologen** einhergehen. Die Schüler sollen keine Betreuung, sondern Bildung erhalten. Sie sollen nachmittags in der Schule nicht auf Eltern treffen, sondern auf Lehrer. Es käme ja auch niemand auf die Idee, eine Brücke von Anwohnern konstruieren zu lassen ...
3. Kinder sollen länger **gemeinsam lernen**. In einem niveauvollen Kurssystem kann man Stärken fördern, an Schwächen arbeiten und den individuellen Lernrhythmus berücksichtigen.
4. Im Lehrerstudium (besonders im Gymnasialbereich), muss ein **stärkeres Gewicht auf Pädagogik** gelegt werden. Eine umfassende Lehrerfortbildung sollte selbstverständlich sein.
5. Lehrer sollen keine Beamte, sondern **Angestellte** sein, die für gute Leistung belohnt werden. Das derzeitige System belohnt nicht Leistung, sondern Anpassung und Mittelmaß.
6. Sämtliche **Lehrer- und Erzieherbezüge müssen aneinander angeglichen werden**. Warum wird die Arbeit eines Gymnasiallehrers höher vergütet als die einer Förderschullehrerin, die sich lernschwacher und problembelasteter Kinder annimmt? Im Grundschulbereich (und erst recht im Kindergarten) arbeiten derzeit fast nur Frauen, weil sich Männer aufgrund der niedrigeren Bezüge nicht für diesen Beruf interessieren.

Das wirkt sich nachgewiesenermaßen negativ auf die schulische Entwicklung von Jungen aus.

Leider gibt es für keine dieser Forderungen auch nur den Hauch eines positiven Signals aus Stuttgart. Dort ruht man sich auf dem Mittelmaß aus, das man in den PISA-Studien erreicht und verweist auf die Probleme anderer Bundesländer. Man lastet die Verantwortung für die Bildung weiter den Eltern auf und lässt die Kinder, die in keine Schublade passen, einfach im Stich.

5 JAHRE

REISEBÜRO NEHF

Jubiläums-Gruppenreise:

„Zur Orangenblüte nach Mallorca“

vom 29.4. bis 6.5.2007

Eingeschlossene Leistungen:

* **Transfer und Reisebegleitung** ab/bis Main-Tauber-Kreis

* **Ausflugspaket** u. v. m. **679,- €** p. P. im DZ

Neue Straße 18

97993 Creglingen

Tel. 0 79 33/2 03-9 50

Fax 0 79 33/2 03-9 51

E-Mail: info@reisebuero-nehf.de

Öffnungszeiten:

Mo. - Fr. 9.00 bis 12.30 Uhr

und 14.00 bis 18.00 Uhr

Sa. 9.00 bis 12.00 Uhr

Fahrradbasar

Dank des frühlingshaften Wetters wurden 33 Geräte beim alljährlichen Fahrradbasar der SPD angeliefert, 20 davon wechselten ihren Besitzer.

Wir bedanken uns bei den Lieferanten und den Käufern und hoffen auf eine ähnlich gute Resonanz im nächsten Jahr.

Und hier meldet sich wieder Rumpelstilz zu Wort

Mein Gott, wie die Zeit vergeht! Friehar hat mer g'socht: Ou die Kinder sieht mer's. Heitzudooch sieht mer's am Eiserne Steech!

Scho im letzte Joahrausend hat mer festg'stellt, dass des Brickli nimmi sicher sei sell un a neis hermuß. Im 6. Joahr vum etziche hat mer dann Nöchel mit Kepf g'macht (scheins sin die Nöchel aber krumm g'schloche worre) un oan neie Steech kaaft, dass am Gailsmarkt die Dauber widder sicher ieberquert werre kou. Vorher sin nadierlich die Aufgeng zum Alde scho moal abgrisse worre.

Des freit besonders die äldere Leit in der Pilsesiedlung. Sou bleibe sie jung un gelenklich, wenn sie außerum uff die anner Dauberseite laafe misse. Abber es gibt gueti Aussichte: Nechst Joahr is a widder Gailsmarkt! Vielleicht hemmer bis dann a neie Ieberquerungshilfe wenn's des Joahr nimmi klappe sellet.

Etzt noch wos anners. I waaß net, ob Ihr's wisst, abber Creichel hat scheins a boar Eiro Schulde. Abber koa Angst, es werre die nechst Zeit noch mehr. Drum hat dr G'moarot ganz ohne Panik a striktes Spoarprogramm verordnet, vor allem bei di kloanere Sache, abber erchendwue muss mer halt oufange. Di gräasere Brocke sin ja alli scho oug'fange un nadierlich a notwendig wie die iebliche Kanalisation; un notfalls misse halt di Gebiehe erheht werre. Mir werre des städtische Präkariat scho schaukle.

Des hofft zumindest Eier Rumpelstilz!

Die SPD? Na, klar.